„Berliner Tageblatt“
erscheint täglich zweimal mit Ausnahme des Sonntags, an welchen es nur in einer Morgenausgabe ausgegeben wird. Man abonnirt außerhalb Berlins bei allen Postanstalten des deutschen Reiches, Oesterreich-Ungarns, der Schweiz, Italiens, Belgiens, Luxemburgs, der Niederlande (Holland), Dänemarks, Schwedens und Norwegens, Rußlands und der Donaufürstenthümer; in Berlin bei der Expedition, Jerusalemerstraße 48/49; Filiale Friedrichstadt: Friedrichstraße 66; Filiale Königsthor: Königstraße 56/57; Filiale Louisenstadt: Prinzenstraße 41; bei allen Zeitungsspediteuren und Straßenhändlern. Für alles übrigen Ländern ist der Bezug nur per Kreuzband durch die Expedition dieses Blattes möglich.
Chef-Redakteur: Arthur Levysohn in Berlin.

Abonnements-Preis
auf das „Berliner Tageblatt“ nebst „Handels-Zeitung“, sowie den illustrirten Wochenblatt „Ulk“, der feuilleton. Montags-Ausgabe „Zeitgeist“ und „Technische Rundschau“, den Sonntagsblatt „Deutsche Herrwelt“ und den „Mittheilungen über Landwirthschaft, Gartenbau und Hauswirthschaft“ vierteljährlich 5 Mark 25 Pf. Ausland excl. Postaufschlag; bei direkter Zusendung unter Kreuzband 14 Pf. pro Quartal (für Berlin auch wöchentlich 1 M. 75 Pf. incl. Botenlohn, bei separater Zustellung des Abendblattes 2 M. pränumerando). — Inserate à Zeile 50 Pf. („General-Anzeiger“ 30 Pf.) werden in der Expedition Jerusalemerstr. 48/49, sowie deren Filialen: Friedrichstr. 66, Königstr. 56/57, Prinzenstr. 41 angenommen.
Druck und Verlag von Rudolf Mosse in Berlin.

Berliner Tageblatt.

Nummer 324. Berlin, Sonntag, den 28. Juni 1896. XXV. Jahrgang.

Politische Wochenschau.

Von

Arthur Levysohn.

Mit einer seltsamen Art von behaglicher Eilfertigkeit ward im Reichstage die Berathung des Bürgerlichen Gesetzbuches fortgesetzt, und die zu seiner Verabschiedung entschlossenen Parteien ließen sich in ihrer Arbeit durch nichts stören. Das Bemerkenswertheste an dem immerhin nicht gewöhnlichen Vorgange bleibt wohl der Umstand, daß es das Centrum ist, dessen Unterstützung des „großen Werkes“ für die rechtzeitige Erledigung der Vorlage entscheidend wurde. Vor dem Wunsche, sich regierungsfähig zu erweisen, mußte auch die dogmatische Abneigung der Ultramontanen, die obligatorische Civilehe in aller Form anzuerkennen, in den Hintergrund treten. Man sagt, daß der Papst in eigener Person in diesem Falle sein „Tolerari posse“ ausgesprochen und so die Centrumsvertreter vor der peinlichen Möglichkeit geschützt habe, von ihren Auftraggebern im Volke nicht verstanden oder mißverstanden zu werden.

Dem sei nun, wie ihm wolle. Thatsache ist, daß es die Mitwirkung des Centrums allein ermöglichte, die bürgerliche Rechtseinheit im deutschen Reiche jetzt herzustellen. Wenn man bedenkt, daß diese Partei gerade für den uneinnehmbarsten Schlupfwinkel des Partikularismus galt, so hat man vom Standpunkt des Einheitsfreundes augenscheinlich alle Ursache, die also zu Tage getretene Wandlung der politischen Erben Windthorsts frohlockend zu begrüßen. Dem gegenüber wollen in der That die preußenfresserischen Artikel einiger Münchener Pfennigblätter, von denen aus Anlaß des jüngsten Moskauer Zwischenfalls so großes Aufhebens gemacht wurde, nicht allzu viel besagen. Man giebt auch im Centrum dem Reiche, was des Reiches ist, und nach den parlamentarischen Beweisen von reichstreuer Gesinnung, von denen es eben jetzt so bedeutungsvolle Proben geliefert, darf wohl das Bismarckliche Lieblings-Vorwurfswort, der „Reichsfeind“, soweit es die Ultramontanen betrifft, nunmehr in die politische Rumpelkammer geworfen werden. Damit ist das Centrum schlechterdings noch immer keine „regierende“ Partei geworden. Hatte es doch eben jetzt zu erleben, daß sein sozialpolitischer Schützling, der preußische Handelsminister v. Berlepsch, ohne Sang und Klang vom Schauplatz abtreten mußte. Allerdings wurde diese Veränderung erst offizielle Thatsache, nachdem die zweite Lesung des Reichsciviljesetzbuches abgeschlossen war, und vielleicht ist es ein Trost, daß sein Nachfolger, Herr Brefeld, dem katholischen Bekenntniß angehört.

In Friedrichsruh freilich — so sehr sind augenblicklich die Rollen verkehrt — mag man von dem Bürgerlichen Gesetzbuch in seiner gegenwärtigen Gestalt nicht viel wissen. Man ermuntert von dort aus die Gegner dieser sommerlichen Berathung auf jede nur erdenkliche Weise, und wenn der Altreichskanzler zu seinem chinesischen Besucher, dem Vizekönig Li-Hung-Tschang, auf dessen Frage äußerte, er beschäftige sich nur noch selten mit Politik und konzentrire sein Fühlen und Wünschen lediglich auf den Wald, dessen Schönheit er als alter Landwirth mit vollen Zügen genieße, so ist diese resignirte Sprache, nach allem, was man hört, doch nur cum grano salis zu verstehen. Der ostasiatische Bismarck wird das sicherlich auch nicht anders aufgefaßt haben.

Der bürgerliche Triumphzug Li-Hung-Tschangs durch die vornehmsten Städte der deutschen Industrie scheint namentlich bei unseren britischen Vettern unangenehme Empfindungen geweckt zu haben. Sie wollen in diesem Falle sich durchaus nicht daran erinnern lassen, daß „Blut dicker sei als Wasser“, und so versuchen sie denn durch allerhand abträgliche und nörgelnde Kommentare dem großen Chinesen und uns selbst das gegenseitige Vergnügen an einander zu vergällen. Wie, die wir wissen, woher in London der Wind weht, werden durch diese Zeichen übler Laune glücklicherweise in keiner Weise beeinflußt. Freiherr v. Marschall, der nach mehrfachen Konferenzen mit Li-Hung-Tschang, wie es scheint, beruhigten Gemüthes seinen Sommerurlaub angetreten hat, dürfte im Klaren darüber sein, wie es mit den Vollmachten des Vizekönigs steht, von denen man in England behauptete, daß sie nur durch ihre Abweisenheit glänzten. Auch unsere Werften und großen industriellen Etablissements wissen, was sie von den britischen Ableugnungen zu halten haben. Und wenn erst, woran nach allem nicht mehr zu zweifeln, eine Anzahl preußischer Instruktoren für die Reorganisirung der chinesischen Armee gewonnen sein wird — über die Vorbedingungen ist eine Verständigung bereits erreicht —, so wird man auch außerhalb der schwarz-weiß-rothen Grenzpfähle an den Vollmachten Li-Hung-Tschangs nicht mehr zu deuteln vermögen.

Die englische Taktik, den Vogel Strauß zu spielen, ist vielleicht in gewissen Augenblicken bequem, aber sie hat sich noch immer gerächt, wo sie auch angewandt wurde. So ist man zur Stunde auch in Frankreich ein wenig beschämt durch die in Berlin erfolgte Freisprechung des Rechtsanwalts Friedmann, den die Republik zwar auf Begehren der preußischen Regierung ausgeliefert hatte, weil er einen „abus de confiance“ auf seinem Konto haben sollte, den man aber seltsamerweise im Stillen geneigt war, für einen politischen Märtyrer zu halten, den man ob seiner Kenntniß angeblich mysteriöser Thatsachen aus der Affäre Kotze von deutscher Seite unter allerhand Vormänden unschädlich zu machen suche. Nun hat es sich ergeben, daß das legendenhafte Wort des Müllers von Sanssouci: „Il y a des juges à Berlin“ auch unter Kaiser Wilhelm II. noch volle Giltigkeit hat, und daß es in Berlin keine Beeinflussung der Gerichte giebt, wie sie in den Panama-, Arton- und ähnlichen Prozessen an der Seine nicht zu den Seltenheiten gehört.

Allerdings ist diese Seite der Freisprechung des frivolen, skrupellosen und liederlichen, wenn auch hochbegabten Advokaten das einzige Erfreuliche an dem Verdikt. Dem Rechtsbewußtsein ständlich, und wenn die gelehrten Richter trotz aller pathetischen Redensarten, trotz aller Rührszenen und thränenseligen Schaustellereien des zungenfertigen Rechtsanwaltes doch schließlich zu einem „Nichtschuldig“ gelangten, so gehört das zu den Geheimnissen der Rechtfindung, für die dem juristischen Laien das Verständniß abgeht. Wie diese Freisprechung für die öffentliche Meinung bei uns eine unwillkommene Ueberraschung darbot, so müssen wir uns schon jetzt darauf gefaßt machen, ähnliche Erfahrungen zu machen, wenn demnächst in London der Prozeß des Filibustiers Jameson zur Verhandlung gelangt. Was die öffentliche Meinung des europäischen Kontinents schier ausnahmslos verdammt, kann in diesem Falle darauf rechnen, vor englischen Richtern nicht nur Entschuldigung, sondern selbst Anerkennung zu finden. In diesem Punkte kann der Kolonialminister des Kabinets Salisbury, kann Herr Chamberlain sehr wohl als der berechtigte Wortführer seiner Landsleute angesehen werden. Der Transvaalrepublik gegenüber hält Chamberlain den englischen Dünkel, mit dem er sich über alle Grundsätze internationaler Gerechtigkeit hinwegsetzt, für die allein richtige Politik.

Ohm Krüger ist nun allerdings nicht der Mann, sich durch anmaßendes Gebaren einschüchtern zu lassen. Der Präsident der Transvaalrepublik weiß zu antworten, und bei aller Vorsicht im Ausdrucke, deren er sich befleißigt, merkt man doch ohne Schwierigkeit, daß dem englischen Widersacher gegenüber sein Motto ist und bleibt: „Auf einen Schelmen — anderthalbe!“ Inzwischen hat die Chartered Company — halb zog sie ihn, halb sank er hin — auf die fernere amtliche Mitwirkung von Männern wie Cecil Rhodes und Beit verzichten müssen. Immerhin ein Erfolg, wenn auch vielleicht nur ein formaler, da Niemand erwarten kann, daß diese bisherigen Führer der Anti-Transvaalgetteilung nun ein- für allemal ihrer Lebensaufgabe entlagen werden.

Aber in London wird man selbst schon dieses Zugeständniß als eine Niederlage empfinden. Indeß ist man nachgerade an der Themse gewöhnt, in auswärtigen Fragen keine besondere Seide zu spinnen. Ist es doch mit der erst so protzig aufgeworfenen armenischen Frage nicht anders gegangen. Das Kabinet von St. James sah sich auch in neuester Zeit wieder gezwungen, auf jede Sonderaktion im Orient zu verzichten, obwohl es einen Moment lang nicht übel Lust zu haben schien, angesichts der kretischen Bewegung auf eigene Faust gegen die Pforte vorzugehen. Vor dem unausbleiblichen Fiasko, das ihm alsdann ereilt haben würde, hat Graf Goluchowski durch seine Initiative den britischen Premierminister bewahrt. Der österreichisch-ungarische Minister des Aeußern war im Stande, die Mächte insofern unter einen Hut zu bringen, als sie sich verpflichteten, in Konstantinopel nur nach vorgängiger gegenseitiger Verständigung in identischer Weise bei der Pforte vorstellig zu werden.

Dies ist denn auch geschehen, und wie schon so oft, wird auch diesmal der Sultan die Zusage geben, die Forderungen der Mächte zu Gunsten der aufständischen Kretenser zu bewilligen. Fragt sich nur, ob Abdul Hamid noch so viel Macht und Energie besitzt, um solche Versprechungen einzulösen. Es bringen vom Goldenen Horn geheimnißvolle Gerüchte ins Abendland, nach denen man sich auf allerhand unvorhergesehene Ereignisse am Bosporus gefaßt machen müßte. Aber was auch in Konstantinopel vor sich gehen mag, vorläufig scheinen die Mächte darin einig, unter allen Umständen den bestehenden Friedenszustand aufrecht zu erhalten. So lange es gelingt, dieses Vorhaben durchzuführen, hat Europa von Umwälzungen in der Levante keine empfindlichen Rückschläge zu besorgen.

---

* Wie man uns mittheilt, haben mehrere **großmächtliche Vertreter** in **Konstantinopel** in den letzten Tagen der türkischen Regierung gegenüber herbe Kritik an der theils verkehrten, theils unzureichenden Thätigkeit Abdullah Baschas in Kreta geübt und der Pforte unter Hinweis auf die Verschlimmerung der Lage dringend empfohlen, ihn sofort abzuberufen und einen christlichen Gouverneur einzusetzen, **ehe es auch damit zu spät würde.** Erwähnt sei, daß man in diplomatischen Kreisen bemerkt, der angekündigten Proklamirung des Anschlusses Kretas an Griechenland und der Einsetzung einer provisorischen Regierung durch die christlichen Deputirten der Insel wäre noch keine weittreichende politische Bedeutung beizumessen, wenn nur die Pforte endlich ihre Zauderpolitik aufgeben und die Rathschläge der Mächte befolgen wollte.

* * *

Konstantinopel, 27. Juni. (W. T. B.) Die Meldung verschiedener Blätter über neue Ruhestörungen in Erzerum und Aleppo werden von amtlicher türkischer Seite für unbegründet erklärt. Die Ruhestörungen in Wan seien unterdrückt; in ganz Anatolien herrsche Ruhe. — Die aus Athener Quelle stammenden Nachrichten von angeblichen Siegen der Aufständischen auf Kreta und von angeblichen Repressalien der kaiserlichen Truppen werden von derselben Seite auf das Entschiedenste bestritten.

Herr v. Berlepsch und sein Nachfolger.

Herr v. Berlepsch, dessen Rücktritt nun auch der Reichsanzeiger (wie schon in der Parlamentsausgabe gemeldet) als vollzogene Thatsache berichtet, hat länger als sechs Jahre den wichtigen Posten als Handelsminister innegehabt. Er war dazu ausersehen, die sozialpolitischen Ideen des Königs in gesetzliche Form und Gestaltung zu bringen, und fast unmittelbar nach seiner Berufung ins Ministerium wurde ihm die Leitung der Verhandlungen der internationalen Arbeiterkonferenz anvertraut. Er entledigte sich dieser schwierigen Aufgabe mit sehr vielem Geschick.

Durch seine frühere Beamtenthätigkeit in den industriell entwickeltsten Gebieten Preußens — er war nach einander Landrath im Kreise Beuthen, Regierungsvizepräsident in Koblenz, Regierungspräsident in Düsseldorf und Oberpräsident der Rheinprovinz — hatte Herr v. Berlepsch vielfach Gelegenheit, sich mit den modernen Arbeiter- und Industrieverhältnissen vertraut zu machen. Er hatte ein offenes Auge und ein warmes Herz, und so war es denn nur natürlich, daß er allen Bestrebungen, die auf die Verbesserung der Lage der Industriearbeiter abzielten, mit voller Antheilnahme entgegenkam.

Die Gründung des Bergischen Vereins für Gemeinwohl ist vornehmlich sein Werk, und vielleicht wird diese That als seine folgenreichste gepriesen werden. Als späterer Handelsminister hat indessen Herr v. Berlepsch sich mehr zu der Ansicht bekannt, daß es Aufgabe des Staates sei, eine aktive Sozialgesetzgebung ins Leben zu rufen. Er ist von diesem Gedanken ausgehend zu den einschneidendsten Veränderungen in der Gewerbeordnung gelangt. Man braucht sich nur seinen Gesetzentwurf betreffend die Organisation des Handwerkerstandes ins Gedächtniß zurückzurufen, und man wird sich der Ueberzeugung nicht verschließen können, daß der Herr v. Berlepsch der Staatsgewalt ungemein große Befugnisse gegenüber der freien Bethätigung der Kräfte des Einzelnen einzuräumt wissen wollte.

Diese Anschauungen fanden ihren entschiedensten Ausdruck in der vielbesprochenen Bundesrathsverordnung betreffend die Arbeitszeit in dem Bäckereibetriebe und dem geplanten Achtuhrschluß der Ladengeschäfte. Beide Maßregeln riefen vor allem den Widerstand unserer agrarkonservativen Parteien hervor; aber auch die Liberalen konnten mit einer derartigen Reglementirung des Erwerbs- und Verkehrswesens nicht einverstanden sein. Herr v. Berlepsch vereinsamte sozusagen immer mehr innerhalb des Staatsministeriums, und auch in der Volksvertretung fand er keineswegs die Stütze, um seine sozialreformatorischen Ideen durchzuführen. Wenigstens war man für eine Verlangsamung des Zeitmaßes.

Herr v. Berlepsch schien jedoch hierin nichts als ein Anzeichen der beginnenden Versumpfung der ganzen Sozialreform unter dem steigenden Einflusse der Konservativen und der Agrarier zu erblicken —, und so schüttelte er denn den Staub des Ministeramtes von seinen Füßen. Bedeutet seine Entlassung einen Systemwechsel auf dem Gebiete der Sozialgesetzgebung oder nur eine Verlangsamung im Zeitmaße ihrer Durchführung? Das ist zur Stunde eine offene Frage.

Schlechterdings giebt die **Person seines Nachfolgers**, des Unterstaatssekretärs im Ministerium der öffentlichen Arbeiten, Staatssekretärs des Staatsraths, Wirklichen Geheimen Raths **Brefeld** keine bündige Antwort. Herr Brefeld ist ein Beamter von langer und erfolgreicher Karriere, der jedoch mit seiner Persönlichkeit in politischer und sozialpolitischer Beziehung bisher sehr wenig in die Oeffentlichkeit trat.

Ueber seine Persönlichkeit erhalten wir von gut unterrichteter Seite folgende Daten:

Der neue Handelsminister steht im Alter von 57 Jahren. Er ist katholischer Konfession, unverheirathet und durch dessen Frau ein naher Verwandter des ehemaligen Eisenbahnministers v. Maybach. Herr Brefeld stammt aus Delzke im Münsterland (Westfalen). Er besuchte das Gymnasium zu Münster, wo ein Bruder von ihm, der sich als Botaniker einen Namen gemacht hat, lebt. Er studirte in Bonn, Heidelberg und Berlin, schlug die Richterkarriere ein und fungirte als Amtsrichter in Medebach und in Recklinghausen. Später trat er zur Eisenbahnverwaltung über, und zwar gehörte er lange Zeit der Eisenbahndirektion Hannover an. Während des Feldzuges von 1870/71 dirigirte er die Linie Saarbrücken-Epernay. Nach dem Feldzug ging der Nachfolger des Herrn v. Berlepsch zum Ministerium der öffentlichen Arbeiten, dem früheren Handelsministerium, über. Im Jahre 1876 wurde er Ministerialdirektor, 1890 erhielt er den Titel Excellenz. Gleichzeitig wurde er Mitglied des Staatsraths, als dieser zur Berathung der Arbeiterschutzfrage zusammentrat. Bei Gelegenheit der Einberufung des Staatsraths, die im vorigen Jahre auf Anlaß der agrarischen Bewegung und der Eisfrage erfolgte, wurde Herr Brefeld Staatssekretär. Er nahm als solcher in der Eigenschaft als Protokollführer an den Verhandlungen dieser Institution Theil. Im Parlament hatte Herr Brefeld vielfach Gelegenheit, als Vertreter der Regierung in technischen Eisenbahnfragen das Wort zu ergreifen; besonders hervorgetreten ist er durch seine Betheiligung an verschiedenen Kommissionsberathungen, die ihn bei den parlamentarischen Parteien gleichmäßig beliebt machten. Erwähnt sei noch, daß die Mitarbeiterschaft des neuen Handelsministers an der Verstaatlichung der Eisenbahnen unter dem Ministerium Maybach sehr umfangreicher Natur war und daß Herr Brefeld seit Begründung des Landes-Eisenbahnrathes dessen Vorsitzender ist.

* * *

Von anderer Seite wird uns geschrieben: Ueber die letzten Gründe des Rücktritts des Herrn v. Berlepsch liegen authentische Meldungen nicht vor. Man wird aber nach dem Verlauf der letzten Session nicht im Zweifel darüber sein können,

Hierzu Ziehungs-Liste Nr. 20. sowie für die Berliner Abonnenten Deutsche Lesehalle Nr. 26.